Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.
Das „Schwedter Tageblatt" erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.

Postscheckkonto Berlin 39142.
Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schultz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schultz in Schwedt a. O.

Nummer 186 | **Mittwoch, den 11. August 1926** | **33. Jahrgang**

Chronik des Tages.

— Gegen den Landgerichtsrat Kölling, Untersuchungsrichter in der Magdeburger Mordaffäre, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

— Der Landrat des Dillkreises, Dr. Klamroth, ist zum Ministerialrat im Ministerium des Innern ernannt worden.

— Wie der Generalbevollmächtigte des ehemaligen preußischen Königshauses mitteilt, hat er in Beantwortung des Schreibens des Ministerpräsidenten Braun vom 21. Juli der Regierung baldige kommissarische Besprechungen zur weiteren Klärung der Vergleichsmöglichkeiten vorgeschlagen.

— Der Beginn der Versailler Nationalversammlung war sehr stürmisch.

— Mangels genügender Beweise sind die angeblichen Verschwörer gegen den mexikanischen Präsidenten Calles freigelassen worden.

— Die Gerüchte über polnische Kriegsvorbereitungen gegen Litauen verstärken sich.

Clémenceaus Brief.

Niemand hat je daran gezweifelt, daß die Franzosen an einer gewissen Selbstüberhebung leiden, — eine Charaktereigenschaft, die nun eben einmal zur französischen Wesensart gehört. Es hätte tatsächlich nicht der Beweisführung bedurft, die Clémenceau mit seinem Brief an Coolidge antrat. Clémenceau ist keine Ausnahme. So wie er, so denken alle Franzosen. Sie können es nicht verstehen, daß man sie an Schulden mahnen kann, die in ihren Augen keine Schulden sind. Sie können nicht begreifen, daß sie, die „Sieger" im Weltkrieg, zahlen sollen. Das ist doch Sache der Deutschen! Unbegreiflich genug ist ihnen der Tiefstand des Franken. Welche Ungerechtigkeit, den Franken nicht so zu bewerten, wie es dem Gelde einer „grande nation" gebührt! Daß die Kassen leer sind, das ist doch nicht ihre Schuld.

Das ungefähr ist der Gedankengang Clémenceaus. Das ist der Gedankengang des gesamten französischen Volkes. Die Amerikaner jedoch haben dafür nicht das geringste Verständnis. Sie finden den „offenen Brief" Clémenceaus unpassend. Die ganze New Yorker Presse äußert sich in diesem Sinne. Die Franzosen litten daran, anzunehmen, daß ihre „großen Männer" auch von anderen Völkern als solche angesehen würden. Clémenceaus Brief sei ein Beispiel belustigender Impertinenz, und man könne im Ernst nicht erwarten, daß Präsident Coolidge ein solches Schriftstück beantwortet. Da müsse man schon einen anderen Weg einschlagen. Amerika könne in der Schuldenfrage Frankreich keinerlei Zugeständnisse machen. Interessant ist unter den Pressestimmen New Yorks ein Artikel der „Evening Post". Die Zeitung sucht das unerquickliche Thema in ungeschickter Weise abzulenken auf — General von Seeckt. Man solle weniger sich mit solchen Sachen wie Clémenceaus Brief befassen, als mit der Militärmacht in Deutschland. Es erübrigt sich, über diese Albernheit ein Wort zu verlieren.

In Paris selbst hat der Brief Clémenceaus recht geteilte Kritik gefunden. Man ist sich doch der Gefahr bewußt, die aus einer absolut ablehnenden Haltung gegen das Washingtoner Schuldenabkommen für das Gelingen der Finanzsanierung entstehen kann. Die Schuldenfrage wird immer mehr zu einer Prestigefrage, bei der die politische Unabhängigkeit Frankreichs auf dem Spiele steht. Hiervon hat sich Poincaré bei seinen kürzlichen Sondierungen in den Parlamenten überzeugen können. Trotzdem gewinnt innerhalb des Kabinetts die Ansicht an Boden, daß die Abkommen ratifiziert werden müßten. Manche gehen sogar soweit, zu glauben, daß Clémenceau Poincaré absichtlich durch seinen Brief einen Knüppel zwischen die Beine werfen wollte. Jedenfalls hat der Aufruf Clémenceaus innenpolitisch seine Wirkung nicht verfehlt. Das „Echo de Paris" schreibt, die wahre Antwort, die Coolidge nicht zu formulieren gewagt habe, sei folgende: Bei der Partie, die jetzt gespielt wird, glauben wir die Stärkeren zu sein. Ihr werdet Euren Franken nicht ohne unsere Hilfe retten können oder zum wenigsten nicht ohne unser Wohlwollen. Das caudinische Joch ist schon errichtet. Früher oder später werden wir uns doch treffen, es wird auf eine Machtprobe ankommen. „Ere Nouvelle" und „Volonté" greifen Clémenceau scharf an, während „Avenir" ihn in Schutz nimmt und die Schuld an den jetzigen Zuständen dem Kartell der Linken zuschiebt. „Radical" hält die Debatte trotz der Aeußerungen Coolidges noch längst nicht für abgeschlossen.

Die Londoner Presse verhält sich ablehnend: „Daily Telegraph" schreibt in einem Leitartikel: Clémenceaus offener Brief an Coolidge habe die Opposition im französischen Kabinett gegen sofortige Ratifizierung des Bérenger-Abkommen gestärkt. Das Schreiben sei nur an Washington gerichtet, wo es auf sehr kühle Aufnahme gestoßen sei, aber es könnte ebensogut an London gerichtet sein. Zu einer Regelung der Frage werde es nicht beitragen. — „Times" meint, man erinnere sich in Amerika noch zu lebhaft der Rolle, die Clémenceau beim Abschluß eines „strengen Friedens" gespielt habe, als daß seine Beweisgründe dort viel Sympathie erzeugen könnten. Außerdem weise man auf die Beträge hin, die Frankreich seit Kriegsende für die Finanzierung der Militärausgaben seiner militärischen Vasallen und für seine Feldzüge in Syrien und Marokko ausgegeben habe. Clémenceaus Einspruch werde daher in Amerika mit zynischem Lächeln aufgenommen werden.

Mit zynischem Lächeln, — allerdings, denn wenn jemand an Selbstüberhebung leidet, so kann beim Beobachter nie etwas anderes hervorgerufen werden, als zynisches Lächeln.

Die französische Nationalversammlung.

Am Dienstag morgen begann in Versailles die Sitzung der Nationalversammlung. Nachmittags suchte man sich zunächst über die Tagesordnung klar zu werden. Die sozialistische Kammergruppe hat beschlossen, die Regierungsvorlage zu bekämpfen.

Die Sitzung begann sehr stürmisch, und der 78jährige Senatspräsident de Selves, der die Versammlung leitete, hatte einen schweren Stand. De Selves verlas die Artikel der Verfassung von 1875, wonach die Kammer und der Senat das Recht haben, sich zum Zwecke einer Revision der Verfassung zur Nationalversammlung zu vereinigen. Der Präsident ging dann auf die bekannten Entschließungen der beiden Häuser ein, die sich auf die Schaffung einer Amortisationskasse beziehen, und erklärte darauf die Nationalversammlung für verfassunggebend. Er schlug dann dem Kongreß vor, das Reglement anzunehmen, das die Nationalversammlung in früheren Fällen beschlossen habe. — Die Erklärungen des Kommunisten Berthon gingen in einem wüsten Lärm unter. Sein Abänderungsantrag wurde abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Abänderungsantrag Morineaus mit 515 gegen 347 Stimmen angenommen. Der Präsident erklärte hierauf, daß das gesamte Reglement mit der Abänderung Morineaus angenommen sei. Poincaré verlas dann einen Gesetzesvorschlag, der erstens die Verfassung vom 22. Februar 1875 ergänzt, indem die Autonomie der Amortisationskasse für die Bonds der nationalen Verteidigung und für die öffentliche Schuld festgelegt wird und zweitens, indem dieser Kasse die notwendigen Einnahmequellen garantiert werden. Der Gesetzesvorschlag wurde als dringlich dem Bureau übergeben.

Mit 671 gegen 141 Stimmen angenommen.

Der Ausschuß nahm den Regierungsentwurf mit unwesentlichen Aenderungen an. Gegen 7 Uhr abends trat das Plenum wieder zusammen, und der Berichterstatter des Ausschusses, Chéron, forderte unter dem Beifall der Rechten und Pfui-Rufen der Linken, das Gesetz zu ratifizieren. Der Sozialist Blum legte dar, daß die Finanzpolitik Poincarés unfehlbar mit einem Fiasko enden müsse. Poincaré stütze sich mit seinem Gesetz auf einen Optimismus, der durch nichts gerechtfertigt sei. Das einzige Mittel zur Behebung der französischen Finanzkrise sei eine kräftige Kapitalsteuer.

Sofort nahm Poincaré das Wort zur Erwiderung. Er bekämpfte den Gedanken der Kapitalsteuer, die in allen Ländern versagt habe. Mit 671 gegen 144 Stimmen genehmigte die Nationalversammlung die Aufnahme des Statuts der Amortisationskasse in die Verfassung. Poincaré hat gesiegt, ob damit aber Frankreichs Finanznot gedient wurde, ist zweifelhaft.

Der Franken gleitet weiter abwärts.

Der französische Franken hat sich gestern weiter abgeschwächt. Von Paris aus setzten zwar Interventionskäufe ein, die jedoch ohne Erfolg blieben, London gegen Paris stellte sich auf 170, d. h. 12 Pfennige für einen Franken. Auch die belgische Valuta war weiter rückgängig. London gegen Brüssel 175. Ziemlich unverändert lag die italienische Lira mit 145 gegen das englische Pfund.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue fand ein Ministerrat statt, der sich mit Einschränkungsmaßnahmen befaßte. Man bildete innerhalb der Regierung 2 Komitees. In dem einen befinden sich Poincaré, Tardieu und Marin. Es handelt sich besonders um Ersparnisse in der Verwaltung. Im 2. Komitee befinden sich Barthou, Bokanowski, Queuille und Sarraut. Diese Gruppe wird sich ausschließlich den Fragen der Einschränkung der Lebenshaltung und der Lebensmittelteuerung widmen. Der Ministerrat hat auch die Mittel und Wege diskutiert, mit deren Hilfe die Warenpreise auf eine Höhe zurückgeführt werden könnten, die der Besserung der Wechselkurse entspricht. Tardieu erstattete Bericht über die Maßnahmen, um dem Kohlendefizit, das sich aus dem englischen Kohlenarbeiterstreik ergibt, entgegenzutreten. Unter diesen Maßnahmen steht insbesondere das Kohlenausfuhrverbot nach England. Schließlich wurde Bokanowski beauftragt, in der Kammer ein Gesetzesprojekt über die allgemeine Revision der Zolltarife, also den neuen französischen Zolltarif, einzubringen.

Politische Rundschau.

— Der Reichspräsident hat dem Professor Dr. Ludwig Darmstädter zu seinem 80. Geburtstage in einem in herzlichen Worten gefaßten Schreiben seine Glückwünsche ausgesprochen.

— Wie aus Athen gemeldet wird, beabsichtigt der griechische Ministerrat, das Wilhelm II. gehörende Schloß Achilleion auf Korfu zu verkaufen. Der Erlös soll, gemäß dem Versailler Vertrag, für Entschädigungen verwendet werden, die durch das Haager Gericht den griechischen Untertanen zugebilligt worden sind, die in Deutschland oder anderen früher feindlichen Staaten Schäden erlitten haben.

— New Yorker Zeitungen bemerken zu der Veröffentlichung der amtlichen deutschen Exportziffern durch die Associated Preß, infolge des Dawesplanes komme der Exportüberschuß dem deutschen Volke nicht zugute, der Plan verschlinge ihn restlos.

*

Preußische Schulfragen.

— **Berlin**, 11. August. Als unmittelbare Grundlage für weitere Verhandlungen läßt das Preußische Kultusministerium die Grundlinien eines Referenten-Entwurfs über das höhere Schulwesen verbreiten. Der Entwurf bringt nicht eine gesetzliche Regelung des gesamten höheren Schulwesens, sondern nur Vorschläge für die gesetzliche Regelung einer Reihe von Fragen, deren Beantwortung bis zu einer späteren Kodifikation nicht ausgeschoben werden kann. Eine grundsätzliche Regelung des umstrittenen Verhältnisses von Staat und Städten auf dem Gebiet des höheren Schulwesens wird in dem Entwurf bewußt vermieden. Für Ende September sind Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden vorgesehen, wobei dieser Entwurf die Verhandlungsbasis sein soll.

:: **Die Verfassungsfeier in Berlin**, die heute stattfindet, spielt sich in folgendem Rahmen ab: Die Feier, an der das gesamte Kabinett sowie die preußischen Minister teilnehmen, beginnt um 12 Uhr mit einem musikalischen Vortrag des Staats- und Domchors. Es folgt darauf die Festrede des Reichsinnenministers Dr. Külz. Reichskanzler Dr. Marx hält ebenfalls eine Ansprache, worauf das Deutschlandlied die Feier beschließt. Inzwischen spielt eine Kapelle der Reichswehr außerhalb des Reichstagsgebäudes. Der Reichspräsident schreitet die Ehrenkompagnie ab. Anläßlich der Feier der Preußischen Staatsregierung wird der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer die Festrede halten.

:: **Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser.** Wie das Oberpräsidium der Rheinprovinz mitteilt, sollen jetzt umfangreiche Maßnahmen getroffen werden, um die Hochwassergefahr am Rhein einzuschränken. Die Frage des Deichschutzes ist besonders eingehend beachtet worden. Im Einvernehmen mit dem Landeshauptmann und dem zuständigen Ministerium wurde ein Rheinschnellbauprogramm aufgestellt, das umfangreiche Arbeiten für die kommenden Jahre vorsieht. Im Bezirk Düsseldorf gehört zu den Plänen die Eindeichung von Kaiserswerth, die hochwasserfreie Eindeichung von Mündelheim und Huckingen mit Verwendung des Angerbaches; der Bau eines neuen Deiches bei Triemersheim-Homberg; die Verstärkung der neuen Deichschau bei Heerdt-Lörik; die Eindeichung von Grumlinghausen; die Verstärkung des Deiches von Hamm-Wolmerswerth. Diese Arbeiten sind größtenteils soweit gefördert, daß mit ihrem Abschluß noch vor dem Spätherbst gerechnet werden kann. Neben diesen Deichneubauten sind in diesem Jahre sehr umfangreiche Deichausbesserungen durch die Ueberschwemmungen notwendig, die im ganzen einen Kostenaufwand von über zwei Millionen Mark verursachen werden. Allein im Bezirk Düsseldorf kommen 80 gefährliche Stellen in Frage.